

„Wir wissen nicht wohin, dafür aber sind wir schneller dort“ (Helmut Qualtinger) – Teil 1

Über die Wirkungen einer weltweit grassierenden Seuche, die uns bewusst macht, dass es so nicht mehr weiter gehen kann wie bisher und uns doch (fast) alles machen lässt, dass es so weiter geht wie bisher

For english version please scroll down

[Michael Wimmer](#)

PD Dr. Michael Wimmer ist Gründer und war bis Ende 2017 Geschäftsführer von EDUCULT in Wien. Seit 2018 ist er Direktor des Forschungsinstituts und nimmt seither die Funktion des Vorstandsvorsitzenden wahr. Auf dem internationalen Parkett ist Michael Wimmer als versierter Berater des Europarats, der UNESCO und der Europäischen Kommission in kultur- und bildungspolitischen Fragen aktiv.

2017 veröffentlichte der US-amerikanische Altertumsforschers Kyle Harper seine Studie [„The Fate of Rome, Climate, Disease and the End of an Empire“](#). Darin macht er deutlich, welche gravierenden Auswirkungen klimatische Veränderungen oder der Ausbruch von Seuchen für die politische Verfasstheit des römischen Gemeinwesens gehabt haben. Trotz mannigfacher Krisenerscheinungen herrschte in Europa in den letzten Jahren die Stimmung vor, die Natur im Griff zu haben, Naturkatastrophen fanden im Fernsehen statt. An einer solchen Grundhaltung änderten bislang auch die klimatischen Veränderungen nur wenig. Sie wurden nur sehr schleichend am eigenen Leib spürbar. Aber jetzt zeigt sich die Natur offenbar noch einmal von ihrer eigensinnigen Seite. Sie hat weltweit ein Virus unter die Menschen gebracht, das alle Menschen unmittelbar betrifft und drauf und dran ist, viele Selbstverständlichkeiten des Zusammenlebens in Frage zu stellen.

Und so müssen die sicherheitsverliebten europäischen Gesellschaften von einem Tag zum anderen zur Kenntnis nehmen, dass die Natur nach wie vor in der Lage ist, sie in einen Zustand zu versetzen, dem sie nicht zu beherrschen vermögen. Harper weist eindrucksvoll nach, wie politische Entscheidungen dieses frühen, auf freien Personen- und Warenverkehrs beruhenden Weltreichs zum Ausbruch von Seuchen selbst beigetragen haben; er macht aber auch deutlich, dass die dadurch frei gesetzten unbändigen Kräfte der Natur entscheidend für den Zusammenbruch waren.

Möglichst schnell zurück in eine Normalität, in der wir nie waren

Soweit sind wir hier in Europa in diesen Tagen freilich noch lange nicht. Noch sieht niemand die europäische Zivilisation gefährdet. Ganz im Gegenteil, gerade jetzt, wo in weiten Teilen Europas die zum Teil drakonischen Maßnahmen zur Einschränkung der persönlichen Freiheiten sukzessive gelockert werden, drängt alles darauf hin, die Zustände vor der Krise möglichst rasch wieder her zu stellen, um so eine Betrieblichkeit, die für breite Mehrheiten als alternativlose Normalität verhandelt wird, wieder aufzunehmen.

In diesem Beitrag möchte ich mich mit der Frage beschäftigen, ob es sich bei dieser Epidemie wirklich um einen einmaligen Betriebsunfall gehandelt hat, der mit den notwendigen Aufräumarbeiten einfach behoben werden kann, um möglichst bald in die alten Routinen zurückkehren zu können. [Oder aber ob Covid-19 zu einem „Epochenbruch“ einläutet](#), dessen Wirksamwerden unsere Lebensweise nachhaltig verändern wird. Ja, und dann sind da noch diejenigen Beobachter*innen, die meinen, der Ausbruch der Epidemie deute keine Richtungsänderung an, vielmehr die Radikalisierung bereits länger zurückreichender Dynamiken. In der Krise ließen sich wie in einem Brennglas gesellschaftliche Widersprüche deutlicher erkennen, die nicht erst seit gestern das gesellschaftliche Zusammenleben bestimmen.

Die Seuche, die unsere Wirklichkeit zur Kenntlichkeit verzerrt

Einer davon ist der deutsche Soziologe Andreas Reckwitz. In seinem jüngsten Beitrag in Die Zeit [„Verblendet vom Augenblick“](#) kommt er zum Schluss, die aktuelle Reaktionen auf die Epidemie ließen sich nur verstehen im Zusammenhang mit gesellschaftspolitischen Entwicklungen, die bereits in den 1980er Jahren ihren Ausgang genommen hätten. Mit dem Dominantwerden neoliberaler Konzepte zur Bewältigung dem Kapitalismus innewohnenden Krisenerscheinungen sei die westeuropäische Erfolgsgeschichte der „sozialen Marktwirtschaft“ in zunehmend unter Druck geraten. Sukzessive preisgegeben wurde dabei das politische Bemühen um eine „nivellierte Mittelstandsgesellschaft“. Als Folge seien Fortschritte der kulturellen Liberalisierung und individuellen Selbstentfaltung zunehmend in Widerspruch geraten zu Ansprüchen auf Solidarität und sozialem Ausgleich. Kurz: Aus dem Wohlfahrtsstaat der 1970er und 1980er Jahre habe sich ein Wettbewerbsstaat entwickelt, der die Menschen in die Vereinzelung treibt. Der Rückzug des Staates und damit verbundene Deregulierung und Entgrenzung wurde in fast allen politischen Lagern als alternativlose Politikstrategie verkauft, Erfolg statt Leistung mutierte zum letztentscheidenden Wertmaßstab, anhand dessen sich Menschen in wenige Gewinner und viele (als selbstverschuldet stigmatisierte) Verlierer unterteilt wiederfanden.

Für letztere erweisen sich die Folgen der Krise heute besonders schwerwiegend. Dazu nur ein Beispiel: In Österreich sind neun Zehntel der durch die staatlichen Einschränkungmaßnahmen arbeitslos gewordenen Menschen einfache Arbeiter*innen, die bereits zuvor den Widrigkeiten nicht nur des Arbeitsmarktes weitgehend hilflos ausgeliefert waren. Während sich weite Teile des noch verbliebenen Mittelstandes in Modelle von Kurzarbeit und/oder Home-Office zu retten vermochten, waren es die „einfachen Hackler“, die einerseits die nationalen Gesellschaften auch in der schwierigen Zeit des Lock-Down am Laufen hielten und andererseits gerade dadurch besonderen gesundheitlichen Risiken ausgesetzt waren.

[Für die nächste Zeit erwartet man in Europa rund 60 Millionen zusätzliche Arbeitslose](#), für sie ist der Arbeitsmarkt weitgehend zusammen gebrochen. Mit der politischen Weigerung, diesen benachteiligten Gruppen in besonderer Weise unter die Arme zu greifen, erleben wir gerade eine rasante Vergrößerung einer diffusen Sammelbewegung an Unzufriedenheit und Verzweiflung, von dem heute niemand sagen kann, ob und wenn ja in welcher Form es mit demokratischen Mitteln noch einmal politisch gefasst werden kann.

Der Staat kehrt zurück, aber welcher?

Das Szenario von Reckwitz basierte die längste Zeit auf einer Erzählung über einen strukturell dysfunktionalen Staat, dessen einzig verbleibende Aufgabe geworden wäre, sich

zurückzuziehen. Bei den politischen Entscheidungsträger*innen herrschte weitgehend Konsens darüber, möglichst viele Entscheidungen den Marktkräften zu überlassen. Mit dem Auftreten des Virus war scheinbar alles anders: In fast allen Ländern kehrte der Staat in machtvoller Weise auf die politische Bühne zurück, legte weite Teile der Wirtschaft lahm (ohne dass deren Lenker signifikant opponierten) und warf mit dem Slogan „Koste es, was es wolle!“ noch einmal mit voller Kraft die Umverteilungsmaschine an. Dazu wurden noch einmal die nationalen Grenzen hochgezogen, unverbrüchliche Bürgerrechte suspendiert und mit Maßnahmen des Social Distancing tief in unser aller Privatsphäre interveniert.

Als würde er der eigenen politischen Rhetorik Lügen strafen, erleben wir gerade eine eindrucksvolle Rückkehr des Staates, der sich – weitgehend ohne Widerspruch – noch einmal als ein machtvoller Garant empfiehlt, wenn es darum geht, die Krise zu meistern. Für die breite Akzeptanz dieses Anspruchs könnten die Weichen bereits zuvor gestellt worden sein. Immerhin hatten sich bereits vor dem Auftreten des Virus die Verwerfungen ungezügelter Marktkräfte in Form von sozialer Ungleichheit, kultureller Desintegration, der Vernachlässigung öffentlicher Güter oder von ökologischen Gefährdungen deutlich gezeigt. Darum angenommen hatte sich freilich bislang nur rechtspopulistische Kräfte, die hoffen konnten, die existentielle Verunsicherung und damit verbundene Perspektivlosigkeit von immer mehr Menschen auf ihre politischen Mühlen lenken zu können. Mit ihrer Regierungsübernahme in den post-kommunistischen Ländern Mittel- und Osteuropas, die davor über nur wenig Erfahrung mit demokratischer Konfliktaustragung verfügten, zunehmend aber auch in anderen Ländern Europas mit einer längeren demokratischen Tradition ließen sich bereits vor der Krise Ahnungen vom Wiedererstarken des Staates aufkommen, das Reckwitz als Übergangspänomen von einer offen-experimentellen Phase einer global-digitalen Spätmoderne zu einer stärker regulierten zweiten Phase zu interpretieren versucht (dass die diesbezüglich treibenden illiberalen und antidemokratischen Kräfte ihre Macht durch Allianzen mit freibeuterischen Wirtschaftsakteuren abzusichern suchen, bleibt dabei gerne ausgeblendet).

Beobachtet man die aktuelle Renaissance des Nationalstaates, dann arrogiert sich dieser gerade die Befähigung, als letztverbliebender stabiler Akteur die wachenden Widerspruchsverhältnisse, die eine außer Rand und Band geratene globale Wirtschaftsweise geschaffen hat, noch einmal in den Griff zu bekommen. Dass sich die großen Wirtschaftsakteure (selbst wenn sie nicht so gut an der Krise verdienen wie amazon, google, und Co) gegenüber diesem neuen Staatsdirigat auffällig ruhig verhalten, könnte stutzig machen. Die große Zustimmung weiter Teile der nationalen Bevölkerungen samt ihrer Bereitschaft, sich ohne gröberes Murren an seine Anweisungen zu halten entgegenschlägt, gibt ihm recht (überall dort hingegen, wo der Staat bzw. seine führenden Repräsentant*innen die Epidemie mit ihren Wirkungen herunterzuspielen versucht haben, büßen sie das mit schwächelnden Zustimmungsdaten).

*[In Teil 2](#) macht sich Michel Wimmer über den sich zuspitzenden Kampf zwischen den Anhänger*innen demokratischer autoritärer Herrschaftsformen und über Solidarität in Europa Gedanken und wirft einen exemplarischen Blick auf den Kulturbetrieb.*

Dies ist ein Beitrag im Rahmen des Blog-Projekts „Gemeinsam oder Einsam aus der Krise? Die Europäische Union am Scheideweg angesichts der Herausforderungen durch den Corona-Virus“. [Erfahren Sie hier mehr über das Projekt!](#)